

FÖRDERVEREIN KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT E.V.

Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V. – Kartäusergasse 9-11 – 50678 Köln

Presseerklärung
24.10.2012

Die Praxis der KVB-„Standkontrollen“ einstellen

Zum Artikel „Empörung über KVB-Kontrollen“, erstellt am 23.10.2012 in der online-Ausgabe des Kölner Stadt-Anzeigers

Nicht nur dem Kölner Flüchtlingsrat e.V. liegen seit längerer Zeit Beschwerden von in- und ausländischen Fahrgästen vor, die die im Artikel von Kathy Stolzenbach genannten „Standkontrollen“ erlebt haben. Im Auftrag des Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung wurde deshalb bereits im Januar 2011 ein Rechtsgutachten vorgelegt und der KVB im September 2011 zugeleitet.

Das Gutachten von Rechtsanwalt Wolfgang Schild benennt sowohl die Rechte und Pflichten der Fahrgäste bei den KVB-Kontrollen als auch rechtmäßiges sowie unrechtmäßiges Verhalten der Kontrolleure.

Gerade die Rechte der Fahrgäste bei den Kontrollen dürften allgemein – und insbesondere bei ausländischen Fahrgästen – nicht bekannt sein. Es scheint nach Auffassung des Kölner Flüchtlingsrates e.V. auch nicht im Interesse der KVB zu liegen, über diese Rechte zu informieren. Zudem ist davon auszugehen, dass durch die mit diesen Kontrollen unweigerlich einhergehende Einschüchterung der Fahrgäste von der Beanspruchung eigener Rechte individuell eher abgesehen wird.

Claus-Ulrich Pröhl:

„Wer möchte in einer solchen entwürdigenden Situation schon gerne auffallen? Die Behauptung, Standkontrollen seien weitgehend akzeptiert, kann ganz und gar nicht nicht geteilt werden!“

Nach Ansicht des Kölner Flüchtlingsrates e.V. werden diese entwürdigenden Kontrollen nicht nur billigend in Kauf genommen: es entspricht vielmehr der Zielsetzung dieser Art der Kontrollen, nämlich der Abschreckung, oder wie KVB-Sprecher Anemüller zitiert wird, der „Signalwirkung“.

Aufgrund der Verbindung zwischen Fahrscheinkontrollen und Identitätsfeststellung ist der Kölner Flüchtlingsrat e.V. besorgt, dass die gesetzlichen Vorschriften nicht immer eingehalten werden. So berechtigt § 229 BGB KVB-Personal nicht, auch nur die Personalien eines Fahrgastes festzustellen, wenn der Fahrgast einen gültigen Fahrausweis vorweist oder ein angefallenes erhöhtes Beförderungsentgelt sogleich zahlt. Das KVB-

Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Die Geschäftsstelle:

Haus der Evangelischen Kirche
Kartäusergasse 9-11
50678 Köln

Fax: 0221 3382 237
home: www.koelner-fluechtlingsrat.de

Sprechstunden nach Vereinbarung

Claus-Ulrich Pröhl

Geschäftsführer
Fon: 0221 3382 249
Mobil: 0178 2078852
Email: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de

Mitarbeiter/innen:

Özlem Esen

Fon: 0221 16824196
Mobil: 0178 2078852
Email: esen@koelner-fluechtlingsrat.de

Nahid Fallahi

Fon: 0221 16860571
Email: fallahi@koelner-fluechtlingsrat.de

Lina Hüffelmann

Fon: 0221 3382 126
Mobil: 0151 19326154
Email: hueffelmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Thomas Zitzmann

Fon: 0221 16824196
Email: zitzmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Föv KFR e.V. – gesetzlich vertreten
durch den Vorstand:
Wolfgang Schild, Rechtsanwalt,
Prof. Dr. Markus Ottersbach

Der Verein ist laut Bescheinigung des
Finanzamtes Köln-Altstadt vom
29.04.2011 als gemeinnützig
anerkannt. Spenden und Beiträge sind
steuerlich absetzbar.

Spendenkonto des Fördervereins
Kölner Flüchtlingsrat e. V.:

Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98
Konto-Nr.: 22 10 20 40

Personal ist ebenfalls nicht berechtigt, einen Fahrgast zwecks Personalienfeststellung an- oder festzuhalten, wenn dieser Fahrgast ein angefallenes erhöhtes Beförderungsentgelt zwar nicht zahlt, sich aber sogleich und sicher ausweist.

Auch Menschen ohne Papiere müssen einen gültigen Fahrschein besitzen. Gerade dieser Personenkreis verfügt aber in der Regel über gültige Fahrausweise, um nicht aufzufallen. Im übrigen sollte es im Rahmen der „Standkontrollen“ – die nach Auskunft der KVB die Schwarzfahrerquote senken sollen - nicht erste Aufgabe der KVB sein festzustellen, ob jemand einen gültigen Aufenthaltstitel besitzt.

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. fordert die KVB auf, die menschenunwürdige Praxis der „Standkontrollen“ einzustellen und Kontrolleure besser, fortlaufend und interkulturell zu schulen.

gez. Claus-Ulrich Pröiß